

Investitionen in Klimaschutz und ein Land, das einfach funktioniert statt kaputter Städte und Gemeinden

Fraktionsvorstandsbeschluss, 1. Juli 2025

Wir Grüne haben der Bundesregierung mit einer Reform der Schuldenbremse und dem Sondervermögen einen Weg eröffnet, das Land zu modernisieren, die Wirtschaft anzukurbeln, in soziale Infrastruktur zu investieren und den Klimaschutz entschlossen voranzubringen. Wir Grüne haben mit der Änderung des Grundgesetzes ermöglicht, dass notwendiges Geld für Sicherheit, Resilienz und Wehrhaftigkeit ausgegeben werden kann, ohne dass bei Schulen, Schiene oder Sozialem gespart werden muss. Doch die Bundesregierung nutzt diese Chance nicht – im Gegenteil: Sie reißt riesige Löcher in die Haushalte von Ländern und Kommunen, nur um sie anschließend mit Schulden aus dem Sondervermögen zu stopfen. Ein Großteil der Steuersenkungen wird verpuffen und statt in Investitionen zu gehen, wird ein großer Teil des Geldes an Aktionäre durchgereicht werden. Milliarden Steuersenkungen für die Reichsten und gleichzeitig kein Geld mehr für soziale Infrastruktur oder die Strompreissenkung für alle. Diese Politik kommt uns teuer zu stehen, wird der Wirtschaft schaden und die Gesellschaft weiter zerreißen. Friedrich Merz macht Politik wie in den 90er-Jahren und Lars Klingbeil macht mit.

Dabei ist das Geld aus dem Sondervermögen eine große Chance für Deutschland. Die zusätzlichen Mittel könnten den Alltag der Menschen spürbar verbessern. Sie könnten dazu beitragen, dass die Bahn wieder pünktlich kommt und vielerorts der Bus häufiger hält. Sie könnten dazu beitragen, dass Lernen endlich wieder Spaß macht – in modernen, sauberen Schulen. Oder dass auch unsere Kinder und Enkelkinder eine lebenswerte Zukunft haben, weil Deutschland seine Klimaziele einhält und nötige Anpassungen an Hitze, Dürre oder Hochwasser

vornimmt. Oder dass die öffentliche Verwaltung jeden Antrag digital und schnell bearbeitet. Oder dass Innovationen gefördert werden und unser Wirtschaftsstandort Deutschland auch bei Zukunftstechnologien wieder vorne mitspielt.

DIE FINANZTÄUSCHUNG VON MERZ UND KLINGBEIL SCHADET DEUTSCHLAND

Das alles kann aber nur gelingen, wenn jeder Euro aus dem Sondervermögen in unsere Zukunft fließt. Deshalb ist es so gefährlich, dass Friedrich Merz und Lars Klingbeil seit Beginn der Koalition mit Haushaltstricks das Geld zweckentfremden und den größten Verschiebebahnhof der deutschen Nachkriegsgeschichte organisieren. Viele Milliarden Euro sollen in teure Wahlgeschenke der CSU gehen, um den Koalitionsfrieden zu sichern. Solche Maßnahmen helfen weder dem Klima noch der Zukunft unserer Kinder. Sie zementieren soziale Ungleichheit und bedienen längst überholte Wirtschaftslogiken.

Den Angriff auf Klima- und Umweltschutzpolitik planen Merz und Klingbeil ganz offen. Zum Beispiel indem sie Milliarden aus dem Klima- und Transformationsfonds für Subventionen für fossiles Gas nutzen. Das ist Veruntreuung von Klimageldern. Energieministerin Reiche geht schon den nächsten Schritt und stellt öffentlich die Klimaziele 2045 in Frage. Schwarz-Rot droht zur Klimakiller-Koalition zu werden.

Ähnlich agiert die Koalition in der Zusammenarbeit mit den Ländern. Großspurig haben Merz und Klingbeil zusätzliche Investitionen angekündigt. Dann haben sie ein Steuergesetz vorgelegt, das Ländern und Kommunen allein bis

2029 über 30 Milliarden Euro entzieht, ab 2032 jährlich über 12,5 Milliarden Euro. Diese gigantischen Finanzlöcher sollen künftig mit den Schulden geschlossen werden, die eigentlich für neue Investitionen gedacht waren. Für das jährliche Minus von 12,5 Mrd. Euro ab den 2030er Jahren gibt es noch überhaupt keinen Ausgleich in der Einigung zwischen Bund und Ländern. Schwimmbäder, Brücken, Krankenhäuser, Energienetze oder Schulen bleiben auf der Strecke.

Diese Trickserien schaden den Menschen in Deutschland und sind finanzpolitisch unverantwortlich. Alle seriösen Studien widerlegen das Märchen von der Refinanzierung der Steuersenkungen durch Wachstum, das Merz und Klingbeil erzählen. Eine aktuelle Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt: Selbst zehn Jahre nach der Reform bleiben massive Mindereinnahmen. Die Methode Merz / Klingbeil ist Betrug an der kommenden Generation und schadet unserer Zukunft.

INVESTITIONSBOOSTER UND STEUERGERECHTIGKEIT GEHÖREN ZUSAMMEN

Wir Grüne schlagen einen Investitionsbooster vor, der alle Unternehmen erreicht – nicht nur jene mit hohen Gewinnen. Eine Investitionsprämie statt reiner Abschreibungen würde auch Start-ups oder Firmen mit aktuell niedrigen Gewinnen oder in der Verlustphase stärken. Zugleich wollen wir offensichtliche Steuergerechtigkeitslücken schließen und so jährlich mindestens 15 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen erzielen. Bei der Aufklärung und Rückforderung der schätzungsweise 28,5 Mrd. Euro Steuerschäden durch Cum-Cum-Fälle werden wir ebenfalls nicht lockerlassen. So wird gleichzeitig möglich, dass jeder Euro des Sondervermögens in zusätzliche Zukunftsinvestitionen fließt.

Jeder zweckentfremdete Euro ist ein gebrochenes Versprechen gegenüber den Menschen in unserem Land. Es gibt keine

Ausrede, das Sondervermögen zum Stopfen selbst verursachter Haushaltslöcher zu nutzen. Wir brauchen jeden Euro für die Zukunft.

PRIORITÄT FÜR INVESTITIONEN IN KLIMASCHUTZ UND SOZIALE INFRASTRUKTUR

Die Reform der Schuldenbremse aus dem März dieses Jahres hat strukturell Möglichkeiten für Investitionen geschaffen. Neben den Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung betrifft das vor allem die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten. Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag die Etablierung eines Sondervermögens für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 mit einem Volumen von bis zu 500 Milliarden Euro ermöglicht und die Möglichkeit der Länder zur Kreditaufnahme ausgeweitet.

Es ist Aufgabe der Bundesregierung diese umfassenden Möglichkeiten nun so zu nutzen, dass die so wichtigen Zukunftsinvestitionen im ganzen Land Realität werden. Dabei sind vor allem folgende Bereiche besonders wichtig.

Klimaschutz: Ein lebenswertes Land für unsere Kinder und Enkelkinder

Schwarz-Rot versucht die Klimakrise weg zu ignorieren. Die erfolgreiche Klimaaußenpolitik der letzten Jahre wird eingestampft, obwohl sie den internationalen Klimaschutz vorangebracht und uns in unsicheren Zeiten neue Partnerschaften ermöglicht hat. Nicht mit uns: Wir haben 100 Milliarden für den Klimaschutz – den Klima- und Transformationsfonds (KTF) – ins Sondervermögen hineinverhandelt. Statt in fossile Subventionen wie die

Gasspeicherumlage, muss das Geld als erstes in folgende Bereiche fließen:

1. Der Gebäudesektor ist einer der größten Emittenten von CO₂. Die Bundesregierung droht die eingeleitete Wärmewende zu torpedieren, indem sie Programme für Wärmenetze kürzt. Dabei muss sie die bestehenden Investitionen in die Transformation, Ausbau und Neuerrichtung von Wärmenetzen ausweiten. Außerdem muss sie die Heizungs-Förderung aus dem KTF ambitionierter aufstellen, um mindestens eine halbe Million Wärmepumpen pro Jahr durch die Förderung für effiziente Gebäude zu erreichen. Auch die Gebäudesanierung muss durch eine sozial-gestaffelte Förderung und die gezielte Unterstützung der seriellen Sanierung angekurbelt werden. So bleibt das Heizen dauerhaft günstig
2. Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) ist das größte Naturschutzprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir Grüne haben es in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Die Kommunen brauchen deutlich mehr als Klingbeils halbe Milliarde Euro für den natürlichen Klimaschutz, um zugepflasterte Flächen wieder zu kühlenden Parks zu machen oder einbetonierte Flussläufe zu renaturieren. Mit den Klimamilliarden könnten 500.000 neue Stadtbäume für kühlere Straßen und saubere Luft sorgen. 1.000 Hektar zusätzlich entsiegelte Fläche machen aus grauen Schulhöfen lebendige Lernorte und lassen Regen wieder im Boden versickern. 500 Kommunen zusätzlich werden fit für den Klimawandel – damit Pflegeheime nicht überhitzen und Kitas bei Starkregen nicht absaufen. 200 renaturierte Flussauen schaffen Lebensräume für Tiere und Erholungsorte für Menschen – direkt vor der Haustür.

3. Mit der nationalen Klimaschutzinitiative muss die Bundesregierung kommunalen Klimaschutz, E-Lastenräder und Investitionen in den Radverkehr fördern. Mit Förderprogrammen müssen Kommunen ermächtigt werden die Herausforderungen von Hitze & Naturkatastrophen meistern zu können. Hier sind alle 11.000 Kommunen gefragt.

Wirtschaft & Energieinfrastruktur: Unabhängig von Autokraten

Auch wenn die Menschen in der Region am meisten unter der Gewalt leiden, ist durch den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Eskalation in Nahost jetzt die Krise in den Geldbeuteln der Menschen angekommen. Und die Koalition findet einfach keine finanziellen Mittel die Bürger*innen beim Strompreis zu entlasten. Die Energiekrisen zeigen die Verwundbarkeit, in die uns die fossile Politik der Vergangenheit bringt. Wir sind sowohl beim Öl als auch beim Gas in gefährlicher Abhängigkeit. Die fossile Abhängigkeit ist eine der größten wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, denen Menschen und Unternehmen in Europa und in Deutschland ausgesetzt sind.

1. Die Bundesregierung muss den Hochlauf der Elektromobilität als zentrales Element der deutschen Wirtschaft aktiv unterstützen. Dazu gehören Investitionen in die Ladeinfrastruktur mit 1 Mio. öffentlich zugänglichen Ladepunkten und Kaufanreize für E-Autos, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen. Die aktuellen Flottengrenzwerte inklusive des Stopps von Neuzulassungen für PKW mit Verbrennungsmotoren 2035 müssen beibehalten werden.
2. Für die Unabhängigkeit von Öl und Gas sollte der Bund Anteile von Tennet, die aktuell zum Verkauf stehen, erwerben und als Miteigentümer besseren

Einfluss auf den Ausbau der Netze nehmen. Ein zügiger Ausbau muss weiter vorangetrieben und beschleunigt werden, um Deutschland flächendeckend mit erneuerbarem Strom zu versorgen.

3. Die massiven Kürzungen der Koalition bei den Programmen zur Dekarbonisierung der Industrie sind keine Überraschung. Für die Innovationskraft des Landes und eine zukunftsgerechte Erneuerung des Kapitalstocks der Industrie ist das fatal. Die Regierung muss die Weichen Richtung Zukunft stellen, damit auch die Wirtschaft eine hat. Bei den entsprechenden Programmen muss nachgelegt statt gekürzt werden.

Lebenswerte Städte und Dorfkerne

Die Kommunen sind mit fast 25 Milliarden Euro völlig überschuldet, das höchste Defizit seit 1990. Das Sondervermögen ist die Chance notwendige Investitionen in den Kommunen zu tätigen und das Investitionsdefizit in den Städten und Gemeinden anzugehen. So tragen wir dazu bei, die Lebensqualität auf dem Land und in den Städten zu verbessern und den Alltag zu vereinfachen. Die Bundesregierung ist in der Pflicht dafür zu sorgen, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

1. Es sind Orte wie das Freibad, die Kita oder der Jugendclub, die das Leben vor Ort lebenswert machen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Hier sind Investitionen dringend nötig. So sind zum Beispiel 800 öffentliche Bäder von Schließungen bedroht und mehr als ein Drittel der Bäder hat in diesem Jahr die Preise erhöht. Der Freibadbesuch sollte aber für alle Familien möglich sein. Geld aus dem Sondervermögen muss in Räume fließen, die unsere Demokratie lebendig halten wie das Schwimmbad, die Bibliothek oder der Nachbarschaftstreff. Dabei sollen die Menschen vor Ort

mitentscheiden, wofür die Mittel eingesetzt werden.

2. Zum guten Leben vor Ort gehört auch die Resilienz von Kommunen und die Unterstützung von Helfer*innen. Deshalb muss die Bundesregierung ein Bundesförderprogramm für ihre digitale Erreichbarkeit und IT-Sicherheit auflegen sowie die Kommunen bei der Sanierung, Neubau oder Erweiterung von mind. 250 THW-Ortsverbänden und bei der Sanierung und Stärkung der Widerstandsfähigkeit von 2000 Feuerwehrhäusern pro Jahr unterstützen.
3. Keine Termine und lange Schlangen in Bürgerämtern müssen der Vergangenheit angehören. Die Bundesregierung sollte in den Aufbau einer „Deutschland App“ investieren: Ein zentraler, einfacher Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen, verfügbar, egal wo man gerade ist. Alle Leistungen von Bund, Länder und Kommunen sollen hier ansteuerbar sein.

Verkehrsinfrastruktur: Bahn und Brücken wieder fit machen

Die Verkehrs-Infrastruktur in Deutschland ist marode. Wir wollen prioritär mit den Mitteln aus dem Sondervermögen folgende Bereiche sanieren:

4. Die DB InfraGO AG braucht Zuschüsse vom Bund für die Sanierung, Ausbau, Elektrifizierung & Digitalisierung der Schiene. Das bedeutet konkret:
 - Aus- und Neubau von 3.500 Schienen-Kilometern plus die wichtigsten Korridore.
 - Aus- bzw. Neubau der 20 wichtigsten Bahnhofs- und Infrastrukturprojekte, die aktuell Flaschenhälse für den gesamten Verkehr darstellen.
 - 2.500 Schienen-Kilometer neue elektrische Oberleitungen, damit

Diesel-Loks der Vergangenheit angehören.

- Und 3.000 Schienen-km müssen mit dem digitalen Leit- und Sicherheitssystem ausgestattet werden.
5. Die Bundesregierung muss das KTF-Förderprogramm für den Ankauf von Bussen mit alternativen Antrieben massiv ausweiten. Denn die Kommunen benötigen jetzt schnell mindestens 25.000 neue Elektrobusse für einen attraktiven und klimafreundlichen ÖPNV.
 6. Bis 2032 muss die Bundesregierung mindestens 4.000 marode Autobahnbrücken sanieren. Bundesweit werden hier einige Milliarden Euro fließen müssen.

Wohnen: Bezahlbaren Wohnraum und ausreichend Schutzplätze schaffen

Wohnen ist das soziale Problem unserer Zeit. In vielen Städten, auch jenseits der Metropolen, finden viele Menschen keine bezahlbare Wohnung mehr, die zu ihrer Lebenssituation passt. Einige Ansatzpunkte zur Lösung des Problems liegen im Miet- oder Baurecht, doch auch das Sondervermögen kann einen Beitrag leisten:

1. Jedes Jahr sinkt die Anzahl an Sozialwohnungen. Dabei ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum riesig. Mit 100.000 neuen sozialen oder gemeinnützigen Wohnungen pro Jahr müsste die Bundesregierung wohnen endlich wieder bezahlbarer machen.
2. Auch der Aus- und Umbau von 14.000 Schutzplätzen in Frauenhäusern ist dringend notwendig, um von Gewalt betroffene Frauen schützen zu können. Das wird die Länder in Vorbereitung auf den Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei häuslicher Gewalt, den sie ab 2032 erfüllen müssen, und bei dem Ausbau von Gewalthilfestrukturen unterstützen.

3. Um die Klimaziele im Gebäudebestand zu erreichen, müssen 2 Mio. Wohnungen pro Jahr energetisch modernisiert werden. Die aktuelle Sanierungsquote liegt bei nur 0,7%. Das Ziel für die Bundesregierung muss mindestens eine Steigerung auf 2% sein. Auch dafür ist das Sondervermögen da.
4. Mit Mitteln aus dem KTF sollte die Bundesregierung mindestens 250 zusätzliche Projekte zur Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel ermöglichen, die auch einen konkreten Beitrag zur Abmilderung der Auswirkung von Extremwetterereignissen (Hitzewellen oder Starkregen) haben.

Bildung und Forschung: Schulen, in denen Lernen Spaß macht

Schulen und Universitäten, in die es hereinregnet und zu wenig Kitaplätze. So kann es nicht bleiben. Wir wollen, dass Kinder und Erwachsene in Deutschland Bildung auf Spitzenniveau genießen können. Bildung ist eine Zukunftsaufgabe, deshalb muss auch der Bund an dieser Stelle tätig werden und Länder und Kommunen unterstützen.

1. Mindestens 25.000 öffentliche Kitas und Schulen und 1.000 Sporthallen in Deutschland sind sanierungsbedürftig. Die Kommunen müssen sie wieder nutzbar machen für Millionen Kinder und Jugendliche. Dafür sollen die Mittel aus dem Sondervermögen-Infrastruktur konkret von den Ländern an die Kommunen ausgereicht werden. Die Mittel dürfen nicht in Landeshaushalten verpuffen.
2. ca. 40% der Hochschulgebäude in Deutschland sind 25 Jahre oder älter und damit zu großen Teilen nicht mehr auf dem aktuellen Stand für moderne Forschung. Deren nachhaltige Sanierung müssen die Landesregierungen nun dringend mit den frischen Geldern angehen.

3. Der Wohnraummangel trifft junge Menschen besonders hart. Wer gut ausgebildete Arbeitskräfte will, darf sie nicht auf dem Campingplatz oder in der Turnhalle übernachten lassen. Um sie zu fördern, müssen Landesregierungen mindestens 40.000 neuen Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende errichten.

Gesundheit: Eine gute Gesundheitsversorgung überall

Wir müssen dringend in Krankenhäuser, Rettungsdienste und Pflegeeinrichtungen investieren. Neben dem bereits zwischen Bund und Ländern vereinbarten Transformationsfonds Krankenhäuser sind dabei folgende Punkte zentral:

1. Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit den Landesregierungen ein Green Hospital Förderprogramm auflegen, um mindestens 500 Krankenhäuser klimaneutral umzubauen.
2. Viele Pflegeeinrichtungen sind auf Hitzewellen im Sommer nur schlecht vorbereitet, es fehlt an Klimaanlage und geeigneten Belüftungssystemen. Zur Abwendung ernsthafter Gefahren für Leib und Leben sollte der Bund gemeinsam mit den Ländern das Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ ausweiten und 200€ pro pflegebedürftige Person für Investitionen in Klima- und Hitzeschutz in den Einrichtungen bereitstellen.
3. Die Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land muss verbessert und modernisiert werden, es braucht Digitalisierung und Telemedizin auf Basis einer Glasfaserinfrastruktur. Alle Krankenhäuser und sektorenübergreifenden Versorgungszentren sollen an schnelle Internetleitungen angeschlossen werden.

REFORM DER SCHULDENBREMSE

Das Sondervermögen schafft den ersten nötigen Impuls für Wirtschaft und Infrastruktur. Dauerhafte Investitionen in die Zukunft unseres Landes erfordern aber eine grundsätzliche Reform der Schuldenbremse. Zentral ist, dass Deutschlands Staatsfinanzen dauerhaft tragfähig bleiben. Kredite müssen sich insbesondere für Zukunftsinvestitionen lohnen. Vorschläge für die genaue Ausgestaltung muss eine Expert*innenkommission erarbeiten. Wir wollen noch dieses Jahr die Ergebnisse der Kommission sehen, um eine Reform zügig einzuleiten.